

Vielleicht ist es in vier Jahren anders

Autor(en): **Rüetschi, Jörg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1994)**

Heft 4: **Zauberworte "Dialog" und "Mediation" : Kooperation statt Konfrontation?**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vielleicht ist es in vier Jahren anders

Im Kanton Bern hat der WWF einen Dialog zwischen PolitikerInnen und Umweltorganisationen angestrengt. Letztere versprechen sich davon die Möglichkeit einer grösseren politischen Einflussnahme. Was allerdings die PolitikerInnen wollen, weiss man mangels erster Gespräche noch nicht. Der Anfang vor dem Anfang jedenfalls ist voller Euphorie.

Von Jörg Rüetschi *

Im Kanton Bern haben sich die Umweltorganisationen seit mehr als zehn Jahren mit mehr oder weniger Einsatz bei den Wahlen beteiligt. Seit dem Umweltaarif von 1987 sind die Empfehlungen unter Federführung des WWF zum grössten Teil gemeinsam erarbeitet worden. Dabei wurde das Schwergewicht zunehmend auf einen Wahlauftrag an die Mitglieder und auf eine Analyse des Parteiverhaltens in wichtigen Sachgeschäften gelegt. Persönliche Empfehlungen beschränkten sich auf aktive Mitglieder unserer Organisationen. So wurden bei den letzten Grossratswahlen vom April 94 23 Personen namentlich aufgeführt, von denen drei gewählt wurden.

Keine AnsprechpartnerInnen bei den Bürgerlichen

Mit diesem System der Wahlempfehlung wurden im Rat kaum Kräfte verschoben (stabile Mehrheit von SVP und FDP), auch wenn einige der empfohlenen KandidatInnen gute Resultate erzielten. Zudem wurden mit diesem System mehrheitlich KandidatInnen von links/grünen Parteien empfohlen, die sich erfahrungsgemäss eher bei uns engagieren, als Bürgerliche. Dies wurde uns vor allem von Parteien der Mitte angekreidet. Ein grosses Manko war, dass wir bei verschiedenen Sachgeschäften in den

grossen bürgerlichen Parteien kaum AnsprechpartnerInnen hatten.

Start eines Dialoges

Auf eidgenössischer Ebene existiert seit Jahren eine parlamentarische Gruppe für Natur- und Heimatschutz, die mehrmals jährlich anstehende Themen diskutiert. Ihr gehören viele ParlamentarierInnen aller Fraktionen an, die ausserhalb der offiziellen Sitzung anders miteinander diskutieren können als im Ratssaal. Mit diesem Vorbild im Kopf diskutierten wir mit verschiedenen ParlamentarierInnen, Leuten der Verwaltung und Umweltorganisationen die Idee, eine ähnliche Gruppe auf kantonaler Ebene ins Leben zu rufen. Damit erhoffen wir uns folgendes:

- Aufgreifen von Themen, die sonst liegenbleiben.
- Diskussion von Themen, auf einer sachlichen Ebene, in der es um Inhalte und noch nicht um Positionen geht.
- Sensibilisierung der GrossrätInnen auf Geschäfte, die uns Umweltorganisationen wichtig sind. Sie sollen besser informiert sein und wissen, was für uns akzeptabel ist und was nicht und warum.
- Persönlicher Zugang zu mehr GrossrätInnen, vor allem auch bürgerlichen. Vor einigen Jahren konnte ein neues, sehr fortschrittliches Wasserbaugesetz dank eines den Naturschutzorganisationen nahestehenden FDP-Grossrates eingeführt werden; dieser konnte seine Partei vom Gesetz überzeugen.
- Entwicklung von Strategien, die wichtigen Anliegen der Umweltorganisationen - trotz erdrückender Mehrheit der Gegenseite - zum Durchbruch verhelfen.

Erster Erfolg

Der Zeitpunkt für die Gründung erschien uns nach den Wahlen am günstigsten, da viele Mitglieder neu im Grossen Rat sitzen, sich zuerst orientieren müssen und sich möglicherweise noch mehr Freiheiten innerhalb der Fraktion erlauben als Alteingesessene. Zudem haben sich Neumitglieder bei vielen Sachgeschäften des Kantons noch keine eigene Meinung gebildet oder mindestens nicht öffentlich geäussert. Deshalb müssen sie

keinen Gesichtsverlust befürchten, wenn sie unsere Anliegen aufnehmen. Auf Seite der Umweltorganisationen erreichten wir eine breite Abstützung mit allen grossen kantonalen Organisationen inklusive Heimat-schutz und Fischereiverband, die sich bisher bei Wahlempfehlungen nicht oder nicht gemeinsam mit uns beteiligt haben. Das war bereits ein erster Erfolg!

Grosses Echo

Eine persönliche Einladung an alle Mitglieder des Grossen Rates wurde etwa drei Wochen vor dem Termin verschickt, was sich als zu kurzfristig erwies, waren doch mehrere Räte schon besetzt. In der Einladung äusserten wir den Wunsch "mit allen Mitgliedern des Grossen Rates zusammenzuarbeiten, die umweltpolitisch aufgeschlossen sind, auch wenn wir nicht immer die gleichen Strategien und Ziele haben". Als Aufhänger wurde die Landwirtschaftspolitik erwähnt, in der die Richtungsänderungen des Bundes in dieser Legislatur auf kantonaler Ebene umgesetzt werden müssen. Zur ersten Zusammenkunft der "Fachgruppe für Umweltfragen" erschienen 27 GrossrätInnen, acht waren entschuldigt, was bei 200 Mitgliedern ein grosses Echo bedeutete. Ausser der FDP, die gleichzeitig Fraktions-sitzung hatte, waren alle wichtigen Parteien gut vertreten. Von den Anwesenden wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass ausserhalb des Ratsaales freier diskutiert werden könne. Die Umweltthemen sollten vor der parlamentarischen Debatte, d.h. bevor Entscheide gefallen sind, aufgegriffen werden, um einen frühen Meinungsaustausch zu ermöglichen. Der Dialog wurde erst gestartet. Ein erster Termin zum Thema "Landwirtschaft" ist festgelegt. Vielleicht sehen die Wahlempfehlungen in vier Jahren anders aus. □

* Jörg Rüetschi ist Biologe. Seit zehn Jahren ist er aktiv beim WWF Bern, davon 8 Jahre als Präsident.